

47. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit betrachtet die Bundesregierung die für das Jahr 2016 gesetzten Fischfanggrenzen (TAC) für den Hering im Golf von Riga in Einklang mit dem Artikel 2.2 der Verordnung zur reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik der EU (GFP), besonders die schrittweise Erreichung des Grades der Befischung, die den höchstmöglichen Dauerertrag ermöglicht, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung gegenüber der Tatsache, dass TACs laut englischsprachiger Fassung der GFP progressiv im Einklang mit dem Befischungsgrad, welcher den höchstmöglichen Dauerertrag ermöglicht, festgelegt werden müssen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Robert Kloos  
vom 23. Dezember 2015**

In Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) 1380/2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) wird das Ziel formuliert, den Grad der Befischung, der den höchstmöglichen Dauerertrag ermöglicht, soweit möglich bis 2015, und unter allen Umständen schrittweise für alle Bestände bis spätestens 2020 zu erreichen. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Rates, dass es akzeptabel ist, diesen Befischungsgrad für einige Herings- und Sprottenbestände 2017 zu erreichen, da das Erreichen 2016 ernste Konsequenzen für die soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Flotten hätte. Die Empfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) weisen bei Hering im Golf von Riga auf einen guten Bestandszustand und einen starken Jahrgang 2014 hin.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der  
Verteidigung**

48. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Hinweise jedweder Art sind der Bundesregierung über den Handel mit an die Peschmerga durch die Bundesrepublik Deutschland gelieferten G36-Gewehren auf Schwarzmärkten im Irak und Syrien bekannt, und konnte die Bundesregierung z. B. anhand von Seriennummern erkennen oder anderweitig verifizieren, ob es sich hierbei um Waffen aus den Lieferungen durch die Bundesrepublik Deutschland an die Peschmerga handelt (bitte detailliert darlegen)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Ralf Brauksiepe  
vom 6. Januar 2016**

Die Regierung der Region Kurdistan-Irak hat sich verpflichtet, die gelieferten Güter ausschließlich im Einklang mit dem Völkerrecht und insbesondere dem humanitären Völkerrecht einzusetzen. Die Regierung der

Region Kurdistan-Irak verpflichtet sich zudem per Endverbleibserklärung unter anderem zur korrekten Nachweisführung der übergebenen Artikel.

Wie die Bundesregierung wiederholt erklärt hat, bspw. in der Antwort auf die Mündliche Frage 46 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 24. September 2014, kann jedoch unverändert ein Verkauf einzelner auch von der Bundeswehr gelieferter Waffen G36 auf Schwarzmärkten, z. B. im Nord-Irak, nicht ausgeschlossen werden. Bestätigte Erkenntnisse hinsichtlich eines möglichen Verkaufs – einschließlich der möglichen Anzahl sowie der tatsächlichen Herkunft der Waffen – liegen unverändert bisher nicht vor.

49. Abgeordnete  
**Caren Lay**  
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass die zur Unterstützung beim Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales eingesetzten Bundeswehrsoldaten nur noch bis Ende des Jahres dort eingesetzt sind, und bis wann sind diese zur Unterstützung des Lageso eingeteilt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**  
**Dr. Ralf Brauksiepe**  
**vom 28. Dezember 2015**

Die Unterstützung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales in Berlin durch die Bundeswehr wird nicht zum Ende des Jahres 2015 eingestellt. Die beantragte Unterstützung mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten wird zunächst bis zum 31. März 2016 fortgeführt.

50. Abgeordneter  
**Dr. Tobias Lindner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welcher Aufwand (bitte Kosten, Personal- und Sachaufwand angeben) ist im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung durch die Unterstützung der Produktion des am 22. November 2015 im ersten Programm der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt der Bundesrepublik Deutschland („Das Erste“) ausgestrahlten Tatort-Folge „Spielverderber“ entstanden, und inwiefern wurden diese Kosten dem Bundesministerium der Verteidigung erstattet?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs**  
**Dr. Ralf Brauksiepe**  
**vom 8. Dezember 2015**

Die Dreharbeiten des Routinedienstbetriebes mit dem Luftfahrzeug des Typs C-160 Transall wurden beim Lufttransportgeschwader 63, dem Lufttransportgeschwader 62 und am Taktischen Ausbildungskommando der Luftwaffe (TaktAusbKdoLw) in Italien durchgeführt. Weitere Filmaufnahmen fanden im militärischen Teil des Flughafens Berlin-Tegel bei der Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) statt.